

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgebühren freibleibend für den Monat ein Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sächgen, Baruth (Märk).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.



Anzeigenpreis: Die sechshepaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehpaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächgen, Baruth (Märk).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 24

Donnerstag, den 25. Februar

1926

Der größte Sittlichkeitsprozess der Welt.

Der Leiter des Joffener Erziehungsheims, Freiherr von Sühow, vor Gericht. — 2 bis 3 Monate Prozessdauer. 600 Zeugen.

4 Berlin. Unter allgemeiner Spannung begann am Montag vor dem erweiterten Schöffengericht Väterfelde die Verhandlung gegen den Leiter des Joffener Erziehungsheims in Joffen, Dr. Freiherr von Sühow. Man rechnet mit einer Prozessdauer von 2 bis 3 Monaten. Seit bald zwei Jahren beschäftigt diese Affäre die Öffentlichkeit in weitestem Maße. Der Prozess wird einen Umfang annehmen, wie ihn bisher kein Prozess gehabt hat, denn es sind nicht weniger als 600 Zeugen geladen, ehemalige Schüler des Angeklagten, deren Eltern und die Lehrer verschiedener Erziehungsanstalten, an denen der Angeklagte, teils als Lehrer, teils als Leiter mitgewirkt hat.

Die Straftaten, die ihm zur Last gelegt werden, gehen bis zum Jahre 1918 zurück. Freiherr v. Sühow wird bei

Vornahme unzüchtiger Handlungen und schwerer Mißhandlung von Minderjährigen,

zum Teil unter 14 Jahren beschuldigt, und zwar handelt es sich um 76 Einzelfälle. Die Anlage wird durch Staatsanwaltschaftsrat Wurzel vertreten, ihm zur Seite steht als Nebenkläger R.-M. Gollnick, der den Vater eines der mißhandelten Schüler vertritt. Entsprechend dem Umfange des Anlagematerials teilen sich nicht weniger als fünf Rechtsanwältinnen in die Verteidigung des Angeklagten.

Freiherr von Sühow wurde kurz vor der Verhandlung aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Er ist ein untersehler kräftiger Mann von etwa 40 Jahren. Sein volles rundes Gesicht mit kräftigem Schnurrbart und tiefen blauen Augenbrauen läßt auf einen energiegelassen Charakter schließen. Auf Gerichtsbeschuß wurde der Haftbefehl gegen den Angeklagten v. Sühow aufgehoben, weil, obwohl ein Verbrechen in Betracht komme, unter Berücksichtigung der Sachlage weder Fluchtverdacht noch, im Hinblick auf die vom Angeklagten unterzeichnete schriftliche Erklärung, Verdunkelungsgefahr vorliegt.

Reichskanzler a. D. Fehrenbach schwer erkrankt.

Freiburg. Der Vorgesetzte der Reichstagsfraktion des Zentrums, Fehrenbach, ist von Ueberanstrengung und Aufregungen zusammengebrochen. Fehrenbach hat sich nach Freiburg zur Erholung begeben. Sein Zustand läßt baldige Genesung erhoffen.

100-Millionen-Kredit für die Reichsbahn.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen Reichsfinanzministerium, Reichswirtschaftsministerium und Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft über die Gewährung eines größeren Kredites des Reiches an die Reichsbahn sind nach wechselvollem Schicksal jetzt so weit zum Abschluß gekommen, daß grundsätzlich ein Kredit des Reiches an die Reichsbahn in Höhe von 100 Millionen Mark bewilligt und auch angenommen ist. Im Interesse der Durchführung eines Notstandsprogramms hat die Reichsbahn den Kredit von 100 Millionen Mark übernommen.

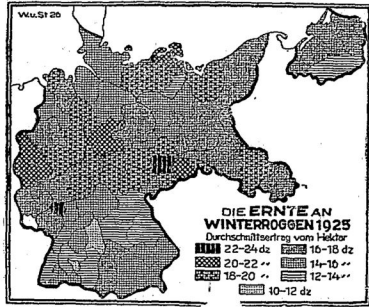
Die technischen Ausschüsse der Reichsbahn werden am Mittwoch das Notstandsprogramm beraten und die Verteilung der Aufträge durchführen. Gleichzeitig finden zwischen der Reichsbahn und Reichsfinanzministerium noch Verhandlungen über die Sicherheiten statt, die die Reichsbahn in Form von Vorzugsaktien geben soll, und über die Höhe des Zinsfußes.

12 1/2 Prozent Aufwertung der Sparklassenguthaben in Sachsen.

Dresden. Das sächsische Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, wonach die Aufwertung der Sparguthaben bei allen öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen ohne Bildung einer Teilungsmasse und ohne Bestellung eines Treuhänders zu einem Aufwertungsfuß von 12 1/2 Prozent des Goldmarkbetrages der Sparguthaben erfolgt.

Schwere Zugkatastrophe in einem Tunnel.

Madrid. In der Nähe von Madrid stieß ein Personenzug mit einem Güterzug in einem Tunnel zusammen, wobei mehrere Wagen vollständig zertrümmert wurden. Die Bergungsarbeiten in dem verstopften Tunnel lassen sich nur mit größten Schwierigkeiten durchführen. 70 Verwundete konnten bereits geborgen werden, jedoch müssen weitere Opfer befürchtet werden. 31 Personen haben lebensgefährliche Verletzungen erlitten.



Reichskanzler Dr. Luther über die Not der Geistesarbeiter.

Berlin. Bei der „Rundgebung für deutsche Geisteskultur“ im Reichstage ergriff nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Schutzbundes, Dr. Otto Everling, und der Rede des Universitätsprofessors Karo-Halle der Reichskanzler Dr. Luther das Wort und führte u. a. folgendes aus:

Für die deutsche Politik gäbe es nur ein Doppelziel: Staat und Kultur. Alle wirtschaftlichen und staatlichen Maßnahmen müßten letzten Endes nur dem Volk und dem Vaterlande dienen. Nach der Verfassung fehle dem Reiche in vielen Kulturfragen die Zuständigkeit. Der Reichskanzler behauerte, daß Reichsregierung und Reichstag so wenig Gelegenheit hätten, in Kulturfragen zusammenzuarbeiten, und gezwungen seien, die Kulturfragen nach finanziellen Gesichtspunkten zu regeln. Die Festigung des geistigen Mittelstandes sei aber besonders wichtig in den heutigen Zeiten der Not.

Der Kanzler wandte sich dann besonders der

Ausbildung des geistigen Nachwuchses

zu. Hier habe die Not der Zeit den Werkstudenten geschaffen. Das sei eine Großtat der Zeit und der Jugend. Die Jugend dürfe sich nicht voreilig zu einer politischen Tätigkeit drängen, sondern müsse an diese Dinge erst in gereiftem Alter herantreten. Der Kanzler erklärte, es handele sich vor allem darum, der bedrängten Kulturfürsicht geistig zu helfen.

Wir haben nicht das Gefühl vom Untergang des Abendlandes; im Gegenteil zeige die junge Kunst, besonders die Architektur, wie ununterbrochen vorangeschritten werde. Auch die neue Malerei sei ein Beweis für die geistige Regsamkeit unserer Jugend. Unsere Zeit, die das Vorzeichen der Neuzeit trage, richte sich wesentlich sinnmäßig auf die Außenwelt ein, und gerade hier fehlten sich Geist und Kultur fortzweihend an die Spitze. Alle Fortschritte der Technik seien entstanden aus mißglückter Geistesarbeit. Gerade hier führe Deutschland mit in der Welt. Wir brauchen den Optimismus, der im Willen wurzelt, und die letzte Grundlage dafür ist ein deutsches Selbstbewußtsein. Wir müssen uns Deutsche durchdringen sein von dem, was wir in der Welt bedeuten, und wir wollen mit dem geistigen Ausland nur dann zusammenarbeiten, wenn man dort unsere Werke gebührend anerkennt. Der Weg voll Entbehrung und harter Last muß geführt sein von dem Willen zur Kultur und zum Geiste, um so das starke, das glückliche und das wieder freie deutsche Vaterland zu schaffen.

Reichsminister a. D. Koch über „Das Reich und die Länder“.

München. Reichsminister a. D. Dr. Koch sprach auf Einladung der Demokratischen Partei im Münchener Hofbräuhausaal über das Thema „Das Reich und die Länder“.

Koch bezeichnete als grundlegend für unsere Geschichte dasjenige, was der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß als den goldenen Föderalismus getauft habe. Nach der Auffassung Kochs ist dieser Föderalismus schuld daran, daß Deutschland nicht zu einem Staat wurde, der alle Deutschen umfaßt. Der Redner wandte sich scharf gegen die bayerische Politik der letzten Jahre. Die Politik Bayerns habe sich in den letzten Jahren weniger gegen die Weimarer Verfassung gerichtet, als gegen die Außenpolitik, die von dem Reiche betrieben worden sei. Später sei aber stets von Bayern zugestanden worden, daß die vom Reich verfolgte Außenpolitik wenn auch unpopulär, so doch unumgänglich notwendig gewesen sei. Der bayerische Mi-

nisterpräsident Dr. Heß habe ein erfreulicheres Verhältnis zum Reich herbeigeführt als seine Vorgänger.

Am Schluß seiner Rede erklärte Koch, er selbst sei der schärfste Gegner eines Zentralismus; er halte vielmehr einen dezentralisierten Einheitsstaat für die Grundlage einer gesunden innerpolitischen Weiterentwicklung. Bayern bilde ein durchaus gesundes, großes Verwaltungsgelände, dem wichtige Aufgaben im innerpolitischen Leben zufielen.

Der Kampf um die Ratsitze in Genf.

Der Völkerbundsaußenminister des englischen Unterhauses gegen die Erweiterung des Völkerbundes.

In der Sitzung des Völkerbundsaußenministers des englischen Unterhauses wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

Der Ausschuß betrachtet mit größter Beforgnis die Absicht, die mit dem ausdrücklichen Zweck der Wähl Deutschlands in den Völkerbund und seiner Aufnahme als ständiges Mitglied in den Völkerbundrat einberufene Völkerbundsversammlung als Gelegenheit zur Behandlung weiterer grundlegender Veränderungen der Völkerbundsverfassung zu benutzen. Der Ausschuß ist der Meinung, daß gegen jegliche Vergrößerung des Völkerbundes die ernstesten Einwände bestehen und bittet die Regierung dringend, solchen Veränderungen in diesem Augenblick stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

Brasilien verlangt einen ständigen Ratsitz.

Der brasilianische Außenminister erklärte, daß Brasilien ein Recht auf einen ständigen Ratsitz habe. Die Frage der Vermehrung der Sitze werde bestimmt vom Völkerbundrat in seiner Sitzung am 8. März zur Sprache gebracht werden. In Erwägung der Tatsache, daß Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund an die Voraussetzung der Zuteilung eines ständigen Sitzes knüpfte, muß die brasilianische Frage zuerst geregelt werden. Brasilien habe versprochen, die Kandidatur Deutschlands zu unterstützen. Der Augenblick zur Regelung der Frage sei jetzt gekommen.

Auch Jugoslawien fordert einen Ratsitz?

In politischer Kreise verläutet, daß der jugoslawische Außenminister vor seiner Reise zur Völkerbundtagung in Genf dem französischen Ministerpräsidenten Briand in Paris einen Besuch abstatten wird. Diese Besprechung soll den Zweck verfolgen, auch Jugoslawien einen Sitz im Völkerbundrat zu verschaffen.

Amerikanische Opposition gegen den Völkerbund.

New York. Der amerikanische Senator Borah, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hielt in Chicago eine große Rede, in der er sich nochmals außerordentlich scharf gegen den Eintritt Amerikas in den Völkerbund wandte. England verfolge, so führte er aus, tatsächlich über alle Stimmen im Völkerbundrat, denen Amerika nur eine Stimme entgegenstellen könne.

Der Völkerbund sei ein Instrument des Versailles Vertrags, durch den Millionen von Menschen in empörend grausamer Weise politisch gemordet und ihrer natürlichen Hilfsquellen beraubt worden seien. Zur Festigung der imperialistischen Grundzüge der Siegernationen bente man unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder aus und verteilte den Reichtum der unterlegenen Völker an die Siegernationen.

Man wage es, Amerika aufzufordern, dem Völkerbund beizutreten, damit es an diesem Hölleispiel des Imperialismus teilnehmen könne, damit es die Garantie für diese imperialistische Politik der Siegermächte übernehme. Borah fordert für Amerika, daß es sich weigern müsse, seinen Namen für eine solche Politik herzugeben.

Die unverblühte Wahrheit.

Marshall Piłsudski zu dem polnischen Kriegswahn.

Warschau. Marshall Piłsudski erklärte Warschauer Pressevertretern gegenüber, es sei für Polen wertlos, neue Gebietsveränderungen anzustreben, da es nicht einmal in seinen jetzigen Grenzen Ordnung zu halten wisse. Die Gefahr, mit so schwachen inneren Volkskräften Krieg zu führen, sei zu groß, als daß er, Piłsudski, überhaupt daran dachte, seinen Marshallstab aufs Spiel zu setzen. Er sei der Ansicht, daß Polen keine kriegerischen Unternehmungen beginnen könne, ohne seine ganze jetzige Generation zu opfern. Deshalb müsse Polen den Krieg vermeiden, bis es selbst von irgendeiner Seite angegriffen werde. Die Erinnerungen an die Feigheit und